

Nr. 18/309

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Bundesfreiwilligendienst stärken – Anreizsystem schaffen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 17. Januar 2012
(Drucksache 18/200)
2. Betreuung unter dreijähriger Kinder im Land Bremen: Entwicklung, Stand und Ausbauplanung
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Februar 2012
(Drucksache 18/250)
3. Evaluation des neuen Wahlrechts
Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Februar 2012
(Drucksache 18/269)
4. Mindestlohngesetz für das Land Bremen (Landesmindestlohngesetz)
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. Februar 2012
(Drucksache 18/229)
2. Lesung
5. Sport- und Bewegungsförderung in der Bremer und Bremerhavener Kindertagesbetreuung
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. März 2012
(Drucksache 18/321)

D a z u
Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2012
(Drucksache 18/430)
6. Industrielle Massentierhaltung und verantwortungsvolle Beschaffung in öffentlichen Kantinen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. April 2012
(Neufassung der Drucksache 18/384 vom 25. April 2012)
(Drucksache 18/385)
7. Seelischen Erkrankungen besser vorbeugen durch umfassende Gesundheitsförderung und Prävention
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 4. Mai 2012
(Drucksache 18/404)

D a z u
Mitteilung des Senats vom 5. Juni 2012
(Drucksache 18/441)

8. Open Data im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 9. Mai 2012
(Drucksache 18/413)
9. Auswirkungen des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes für das Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Mai 2012
(Drucksache 18/416)

Nr. 18/310

Fragestunde

1. Videoüberwachung bei Demonstrationen
Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 15. Mai 2012
2. Wie ernst nimmt die Universität Bremen ihre Zivilklausel?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Schön, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Mai 2012
3. Aktenvermerk zum JadeWeserPort
Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Paul Bödeker, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 18. Mai 2012
4. Einführung eines Vorgangsbearbeitungssystems bei der Polizei Bremen
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Mai 2012
5. Ausbildungsförderung für Elementarpädagogen
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Sigrid Grönert, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Mai 2012
6. Blaue Karte für Mitgliedsbeiträge in Sportvereinen
Anfrage der Abgeordneten Susanne Wendland, Mustafa Öztürk, Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Mai 2012
7. Windenergieagentur WAB
Anfrage der Abgeordneten Andreas Kottisch, Dieter Reinken, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 23. Mai 2012
8. Bremische Kompetenz bei Raumfahrtanwendungen sichern!
Anfrage der Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, Ralph Saxe, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Mai 2012

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Einwohnergewinnung für das Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 24. Mai 2012
10. Schutz von Menschen mit Behinderung
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Sigrid Grönert, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. Mai 2012
11. Verfassungsschutz darf nicht über Gemeinnützigkeit entscheiden!
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 25. Mai 2012

12. Umsetzung des Bundesprogramms „Perspektive Wiedereinstieg“
Anfrage der Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 25. Mai 2012
13. Verwendung von Bundesmitteln für den Ausbau der Kindertagesbetreuung
Anfrage der Abgeordneten Dr. Stephan Schlenker, Susanne Wendland, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Mai 2012

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 18/311

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Chaos-Baustelle JadeWeserPort: Löchrige Kaje überfordert Staatsrat
– Senator Günthner, übernehmen Sie!“.**

Nr. 18/312

Rechtsanspruch in Gefahr: Das Betreuungsgeld behindert Bremens Bemühungen beim Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren und der 10-Punkte-Plan der Bundesfamilienministerin ist unzureichend

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. Juni 2012
(Drucksache 18/447)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Haltung des Senats gegen die Einführung des Betreuungsgeldes. Sie bittet den Senat, sich auch in Zukunft auf Bundesebene für einen Verzicht auf das Betreuungsgeld und eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes an der frühkindlichen Bildung und Betreuung für Kinder unter drei Jahren einzusetzen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auf der Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die Bundesregierung so schnell wie möglich einen Krippenpfeiler unter Beteiligung von Ländern und Kommunen einberuft, um realistische Ziele und wirksame Maßnahmen zur fristgerechten Umsetzung des Rechtsanspruchs gemeinsam zu vereinbaren.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der Bund seinen Finanzierungsanteil sowohl bei den Investitionskosten als auch ab 2014 bei den Betriebskosten auf der Basis der tatsächlichen Entwicklung der Kosten und des Bedarfs ausweitet. Denn neben der Investitionsförderung ist eine dauerhaft verlässliche und der tatsächlichen Entwicklung angemessene Unterstützung der Kommunen bei den Betriebskosten das entscheidende Instrument zur Beschleunigung des Betreuungsausbaus.

Nr. 18/313

Keine ideologische Betreuungsgelddebatte auf Kosten der Familien

Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. Juni 2012
(Drucksache 18/450)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/314

Neuanfang im Gesundheitsressort zwingend erforderlich

Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. Juni 2012
(Drucksache 18/435)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/315

Entwicklungsplan Partizipation und Integration

Mitteilung des Senats vom 20. März 2012
(Drucksache 18/307)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/316

„Entwicklungsplan Partizipation und Integration“ als Instrument der Diversitätspolitik nutzen und Schwerpunkte setzen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. Juni 2012
(Drucksache 18/439)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, für die im vorliegenden „Entwicklungsplan Partizipation und Integration“ gekennzeichneten Bereiche, in denen Evaluationsdefizite bestehen, Konzepte für die Evaluation zu entwickeln und vordringlich umzusetzen.

Dies soll in Abstimmung mit den Akteuren in den zuständigen Ressorts sowie mit Projektträgern in den Einrichtungen und in der Zivilgesellschaft erfolgen. Es sollen dabei Schwerpunkte gebildet werden, über die jährlich wie folgt zu berichten ist:

1. Integration im Handlungsfeld Beschäftigung im Jahr 2013,
2. Integration in den Handlungsfeldern Bildung (frühkindliche Bildung, schulische Bildung, Weiterbildung) und Ausbildung im Jahr 2014 und
3. der Abschlussbericht im Jahr 2015.

Nr. 18/317

Zukunft der Geburtshilfe im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 14. Mai 2012
(Drucksache 18/415)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. Juni 2012

(Drucksache 18/442)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/318

Alphabetisierung im Land Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. Juni 2012
(Drucksache 18/451)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 18/319

Reduzierung und Beendigung unsicherer Aufenthalte im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 12. März 2012
(Drucksache 18/292)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 17. April 2012

(Drucksache 18/343)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/320

Verwaltungsvorschrift über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatischen Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen)

hier: Auflistung der Beträge aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatischen Schenkungen für das Jahr 2011

Mitteilung des Senats vom 24. April 2012
(Drucksache 18/358)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/321

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder (GKL)

Mitteilung des Senats vom 3. April 2012
(Drucksache 18/330)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/322

Anpassung der Entschädigungsleistungen

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 21. Mai 2012
(Drucksache 18/420)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 18/323

Bremisches Landesmediengesetz (BremLMG)

Mitteilung des Senats vom 22. Mai 2012
(Drucksache 18/422)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Nr. 18/324

Gesetz zur Änderung des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 30. Mai 2012
(Drucksache 18/432)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/325

Gesetz zur Änderung des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes

Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. Juni 2012
(Drucksache 18/437)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 18/326

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 9 vom 30. Mai 2012

(Drucksache 18/434)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/327

Benennung eines Mitglieds im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas des Europarates (KGRE) für die 10. Amtszeit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Ulrike H i l l e r

als Mitglied für die zehnte Amtszeit im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas des Europarates (KGRE), bis 2016.

